

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.01.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:25 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Herr Stefan Bauschke

Mitglieder

Herr Jan Gottschling

Herr Ulrich Grösser

Herr Stefan Nachtwey

Herr Jürgen Suhr

Vertreter

Herr André Meißner

Herr Bernd Röll

Vertretung für Herrn Christian Binder

Vertretung für Frau Ute Bartel

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Dr. Sonja Gelinek

Frau Kirstin Gessert

Herr Mario Hilbert

Frau Swanhild Kluge

Herr Stephan Latzko

Gäste

Herr Gerd Habedank

Herr Peter Mühle

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 21.11.2019
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Bebauungsplan Nr. 39 der Hansestadt Stralsund - Wohngebiet westlich der Lindenallee, Freienlande-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0075/2019
 - 3.2** Gebietsabgrenzung für die Gesamtmaßnahme „Knieper West“ im Rahmen des Städte-bauförderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ nach § 171e BauGB
Vorlage: B 0080/2019
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund
hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges
Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0050/2019
 - 4.2** Tätigkeitsbericht des Klimaschutzbeauftragten der Hansestadt Stralsund
 - 4.3** Nachhaltige Entwicklung Stralsund: Beteiligung an der Kampagne "Fairtrade Towns" zur Erlangung des Titels "Fairtrade Stadt"
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Linke offene Liste
Vorlage: AN 0049/2019
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lastovka gibt bekannt, dass nach Abstimmung mit der Verwaltung der Tagesordnungspunkt 4.1 von der Tagesordnung genommen werden soll. Nach dem Vor-Ort-Termin will die Verwaltung den Sachverhalt erneut prüfen, diese Ergebnisse sollen abgewartet werden.

Ferner ist von Herrn Latzko und Frau Dr. Gelinek die Bitte an Herrn Lastovka herangetragen worden, die Tagesordnungspunkte 4.2, 4.3 aus terminlichen Gründen in der Tagesordnung vorzuziehen.

Die TOP's 4.2 und 4.3 werden auf 3.1 und 3.2 vorgezogen.

Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Die geänderte Tagesordnung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 21.11.2019

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 21.11.2019 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 39 der Hansestadt Stralsund -Wohngebiet westlich der Lindenallee, Freienlande-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: B 0075/2019

Frau Gessert erklärt, dass ursprünglich von einer Plangebietsgröße von 15ha ausgegangen worden ist. Es handelt sich um ein Wohngebiet, dass aus zwei Baugebieten besteht, welche in umfangreiche Grün- und Wiesenflächen eingebettet sind. Das Gebiet wird von der Lindenallee und der Kolberger Straße über eine Erschließungsspanne erschlossen. Ebenfalls soll der Stadtbus in das Gebiet hineingeführt werden. Vorgesehen sind viergeschossige bis eingeschossige Bauten.

Neben Einfamilienhäusern und Geschosswohnungsbau gibt es einen Standort, der sich für den Bau einer Kita eignen würde, sollte Bedarf bestehen. Nach Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Behörden gab es zwei wesentliche Punkte, angemerkt wurden. Zum einen wurde darum gebeten, den Ausgleich möglichst im Plangebiet bereitzustellen. Zum anderen kann das Regenwasser nicht wie ursprünglich vorgesehen in die Kanalisation abgeleitet werden, sondern muss in eine feuchte Niederung (Grünhufer Bruch) geleitet werden. Der Geltungsbereich des B-Planes umfasst jetzt ca. 22ha. Der Grünflächenausgleich kann fast

vollständig im Plangebiet erfolgen. Es entstehen 160 Wohnungen, so dass ca. 340 Einwohner erwartet werden.

Die Gebäude sollen in offener Bauweise als Einzelhäuser errichtet werden. Im äußeren Bereich sind außerdem Bungalowtypen möglich.

Im Straßenraum werden die notwendigen Besucherstellplätze bereitgestellt. Die Umweltprüfung hat ergeben, dass von der Planung keine erheblichen, negativen Umweltauswirkungen ausgehen.

Der Entwurf soll im 1. Quartal 2020 ausgelegt werden, so dass im 3. Quartal der Satzungsbeschluss gefasst werden könnte. Ab 2021 wäre dann die Erschließung möglich. Denkbar wäre ein Beginn der Hocharbeiten Ende 2021 oder Anfang 2022.

Herr Meißner erkundigt sich, wie hoch der prozentuale Anteil ist, zu dem die Abteilung Straßen und Stadtgrün die Pflege der Grünflächen übernimmt. Frau Kluge erklärt, dass dieser bei 100% liegt. Die Flächen werden in drei verschiedene Bereiche eingeteilt, einmal eine Sukzessionsfläche, dann jeweils einen Bereich links und rechts von der Erschließungsspanne, der einen höheren Pflegeaufwand hat und die äußeren Flächen, die einmal im Jahr gemäht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Suhr erklärt Frau Gessert, dass die Pflege einer Sukzessionsfläche erforderlich ist, um die Fläche artenreich zu halten. Wenn man die Fläche sich selbst überlassen würde, würden sich bestimmte Arten durchsetzen, die dann die Qualität der Fläche ändern. Ziel ist es, dass extensive Grünflächen insektenfreundlich sein sollen. Wenn in eine Ausgleichsfläche eingegriffen werden soll, muss dieser bilanziert und an geeigneter Stelle wieder ausgeglichen werden.

Frau Kluge ergänzt, dass es westlich des B-Plans 35/1, außerhalb des Windschutzwalls, Sukzessionsflächen gab, die von dem dortigen Bauern wieder überpflügt wurden. Deshalb sind diese Flächen in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde nach Norden gerückt.

Herr Meißner bezieht sich auf eine Festsetzung des B-Plans und fragt, warum in einem Gebiet des Bebauungsplanes Satteldächer ausgeschlossen sind. Frau Gessert führt aus, dass durch die Verwaltung Baurechte auch durch Gestaltungsvorschriften definiert werden. Es wurde davon ausgegangen, dass für die eingeschossige Bebauung das Zelt- und das Walmdach die geeigneten Dachformen sind. Hintergrund ist das Siedlungsbild, welches man erzeugen möchte. Da der äußere Rand den Stadtrand bildet, wird hier mehr Einheitlichkeit und Ruhe in der Dachform gefordert.

Herr Suhr fragt, ob es einen Anschluss- und Benutzungszwang für das Nahwärmenetz geben wird und ob es zukünftig immer Betrachtungen der B-Pläne in Abstimmungen mit den Stadtwerken hinsichtlich der Energiekonzepte geben wird.

Außerdem fragt Herr Suhr, in wie weit die Verwaltung energieeinsparende und klimaschutzrelevante Aspekte bei der Aufstellung von B-Plänen berücksichtigt.

Herr Bogusch teilt mit, dass die Fernwärmesatzung in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken erweitert werden und ein Gesamtenergiekonzept erarbeitet werden soll. Dieses Konzept ist dann die Grundlage für eine neue Fernwärmesatzung, die sich in Vorbereitung befindet. Frau Gessert ergänzt, dass für Neubauten die ENEC einzuhalten ist, darüber hinaus gehende Maßnahmen sind im B-Plan nicht festgesetzt.

Herr Haack fragt, ob es richtig ist, die SWS Energie als Errichter des Niedertemperaturnahmewärmenetzes in der Vorlage zu nennen. Er sieht Probleme in der Monopolstellung. Herr Bogusch erklärt, dass der Erschließungsträger sich eines Unternehmens bedient, das ihm die Erschließung sicherstellt.

Herr Haack beantragt Rederecht für Herrn Habedank.

Herr Lastovka stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich einstimmig auf die Erteilung des Rederechts für Herrn Habedank.

Herr Habedank von der LEG teilt mit, dass die Leistung „Aufbau eines Niedertemperatur-nahwärmenetzes“ ausgeschrieben wird, sobald sich die Stadtwerke aber an der Ausschreibung beteiligen, keine weiteren Angebote abgegeben werden.

Auf den Einwand von Herrn Haack weist Herr Lastovka darauf hin, dass es sich um den Auslegungsbeschluss handelt.

Herr Grösser fragt, ob es richtig ist, dass das Regenwasser in zwei verschiedene Richtungen abgeleitet werden soll und wenn ja, ob dieses noch nach oben gepumpt werden muss. Frau Kluge betont, dass die Erschließung Voraussetzung für die Aufstellung eines B-Planes ist, aber nicht Teil des B-Planbeschlusses. Das Regenwasser wird nicht gepumpt.

Es gibt keine weiteren Fragen

Herr Lastovka stellt die Vorlage B 0075/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0075/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

**zu 3.2 Gebietsabgrenzung für die Gesamtmaßnahme „Knieper West“ im Rahmen des Städte-bauförderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ nach § 171e BauGB
Vorlage: B 0080/2019**

Herr Hilbert erklärt, dass es sich bei der Vorlage um eine Formalität handelt.

Im August 1995 wurde das Wohngebiet Knieper West von der Bürgerschaft als Gebiet für die Weiterentwicklung großer Neubaugebiete beschlossen. Die Juri-Gagarin-Schule und die benachbarten Bereiche sind jetzt eingeschlossen und sollen auch gefördert werden.

Herr Lastovka stellt die Vorlage B 0080/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0080/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: AN 0050/2019

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 1 von der Tagesordnung genommen.

zu 4.2 Tätigkeitsbericht des Klimaschutzbeauftragten der Hansestadt Stralsund

Herr Lastovka stellt Herrn Latzko als Klimaschutzbeauftragten der Stadt vor und erteilt ihm das Wort.

Daraufhin stellt Herr Latzko seine Tätigkeiten als Klimaschutzbeauftragter in Form einer Präsentation vor. In dieser nimmt er Bezug auf die Schwerpunkte seiner Arbeit und gibt hinsichtlich dessen einen Ausblick für das Jahr 2020.

Er sichert den Ausschussmitgliedern den Erhalt der Präsentation, zusammen mit dem Protokoll der Sitzung, zu.

Herr Lastovka dankt Herrn Latzko für seine Ausführungen

Herr Suhr erkundigt sich nach dem Bestehen von Richtlinien zum Thema Plastikmüllvermeidung. Weiter möchte er wissen, wie der Sachstand bei der geplanten Überarbeitung der CO₂-Bilanz im kommenden Jahr ist und auf welchen Zeitpunkt dies zurückgehe. Abschließend fragt er, ob Herr Latzko in die Implementierung von Energiekonzepten in Bebauungspläne involviert ist und was hinsichtlich dessen die Herangehensweise des Klimaschutzmanagers sei.

Herr Latzko weist bezüglich der ersten Frage von Herrn Suhr darauf hin, dass er hinsichtlich der Mehrwegsatzung nicht allein zuständig sei, sondern lediglich die Zuarbeit leiste, um Erfahrungen anderer Kommunen zu sammeln. Die Zuständigkeit läge hier bei Amt 40. Es gäbe bereits einen Entwurf für die Satzung, welcher eventuell noch dieses Jahr vorgestellt wird. Hinsichtlich der Frage nach dem Energiekonzept für B-Pläne verweist Herr Latzko auf bereits vorhandene Ideen und seiner Miteinbeziehung hierzu. Die fachliche Kompetenz läge hier aber bei Herrn Bogusch und Frau Gessert. Der Klimaschutz sei bereits bei der Aufstellung von Bebauungsplänen Bestandteil.

Zur Frage nach der CO₂-Bilanzierung verweist Herr Latzko auf eine geplante Sammlung von Daten, dies soll bereits im ersten Halbjahr 2020 abgeschlossen sein. Auf Nachfrage erklärt Herr Latzko, dass die aktuellsten Daten dabei aus dem Jahr 2018 stammen werden.

Herr Suhr erkundigt sich nach den bisherigen Bemühungen der Hansestadt Stralsund, die zur Verfügung stehenden öffentlichen Fördermittel, zum Beispiel aus der Kommunalrichtlinie, zu erhalten.

Herr Latzko nennt als Projekt die Bemühungen der Stadt, die Beleuchtung in Sporthallen auf LED-Technik umzurüsten. Hierzu wurden in der Vergangenheit bereits entsprechende Fördermittelanträge gestellt. Es sei bei den Bemühungen um Fördermittel ein Abwägungsprozess zwischen Kommunal-, Städtebau-, und Landesförderrichtlinien durchzuführen, um ein möglichst hohes Maß an Fördermitteln zu erhalten.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Nachfragen.

Herr Lastovka schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Nachhaltige Entwicklung Stralsund: Beteiligung an der Kampagne "Fairtrade Towns" zur Erlangung des Titels "Fairtrade Stadt"
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Linke offene Liste
Vorlage: AN 0049/2019

Herr Grösser äußert, dass er aufgrund Wahrnehmung negativer Kritiken zum Thema Fairtrade eigene Recherchen angestellt hat. Danach wurden die Standards für Fairtrade deutlich abgesenkt. Für Herrn Grösser handelt es sich bei dem Fairtrade-Logo um Verbrauchertäuschung. Herr Grösser kündigt an, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Röhl fragt, was der Prüfauftrag an die Verwaltung ergeben hat.

Herr Latzko hält die Mitwirkung an dem Vorhaben für unschädlich auch im Hinblick auf die Kosten. Mit einer möglichen Beteiligung würden sich eventuell neue Fördertöpfe öffnen. Auch die Bewerbung an sich würde nicht zwingend einen finanziellen, jedoch einen personellen Mehraufwand bedeuten.

Nach erfolgter Bewerbung wird diese bewertet und Stralsund ggf. zur „Fairtrade Stadt“ ernannt.

Eine Ernennung würde dann zu einem personellen Mehraufwand führen. Herr Latzko betont, dass es nicht nur um Kaffee, sondern auch um Fußbälle und Textilien geht. Da die Verwaltung mit öffentlichen Geldern arbeitet, ist es besonders wichtig darauf zu achten, wofür dieses ausgegeben wird und auf fair gehandelte Produkte zu achten.

Nach der Ernennung zur „Fairtrade Stadt“ ist die Förderung einer Personalstelle über 2 Jahre möglich, welche diesen Prozess begleitet.

Herr Lastovka spricht sich dafür aus, Fairtrade auf freiwilliger Basis laufen zu lassen.

Herr Suhr erklärt, dass es Ziel des Antrages ist, die Anteile von Fairtrade Produkten zu erhöhen. Herr Suhr appelliert an die Ausschussmitglieder, den Antrag zu unterstützen. Die Unterstützung des fairen Handels sollte ein wichtiges politisches Signal sein.

Herr Bauschke weist darauf hin, dass der Antrag bestimmte Siegel und Zertifizierer nennt, von denen man sich dann auch ein Stück abhängig macht. Die CDU/FDP-Fraktion sieht den Schwerpunkt in der Regionalität der Produkte, die unter guten Bedingungen produziert werden.

Auch Herr Suhr spricht sich für Regionalität aus. Die klassischen Fairtrade Produkte wie Fußbälle oder Kaffee sind allerdings in der Region schwer zu finden.

Herr Meißner regt an, die lokale Wertschöpfung zu nutzen und diese stärker in den Fokus zu rücken und zu unterstützen. Als schwierig empfindet Herr Meißner die Umsetzung, dass in Stralsund zum Beispiel nur noch fair gehandelter Kaffee verkauft werden soll.

Herr Haack ist ebenfalls für eine freiwillige Umsetzung, seine Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Röhl weist darauf hin, dass die Bildung einer lokalen Steuerungsgruppe Teil des Antrages ist, diese soll Vorschläge erarbeiten.

Herr Latzko erklärt, dass, sollte die Bürgerschaft beschließen, sich an dem Programm zu beteiligen, eine lokale Steuerungsgruppe gegründet werden würde, die dann die erforderliche Zahl von Einzelhändlern und Gastronomiebetrieben ansprechen würde. Durch die Jona-Schule wurden bereits Daten erhoben, die genutzt werden könnten. Herr Latzko würde die erforderliche Bewerbung vorbereiten. Im Falle einer Ernennung Stralsunds müsste für die weitere Arbeit eine Personalstelle geschaffen werden. Auch nach zwei Jahren ist eine Anschlussförderung möglich.

Herr Lastovka stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 3 Zustimmungen 6 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag AN 0049/2019 nicht weiter zu verfolgen.

Der Präsident wird über das Abstimmungsergebnis informiert.

zu 5 Verschiedenes

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf besteht, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Herr Lastovka schließt die 01. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung